



**Erhard Grundl**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Büro Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon 030 227 – 79006  
Fax 030 227 – 70009  
E-Mail: [erhard.grundl@bundestag.de](mailto:erhard.grundl@bundestag.de)

**Büro Niederbayern**

Regierungsstr. 545  
84028 Landshut

Telefon 0871 - 430 37 54  
Fax 0871 - 276 332 24  
E-Mail: [erhard.grundl.ma04@bundestag.de](mailto:erhard.grundl.ma04@bundestag.de)  
[www.erhard-grundl.de](http://www.erhard-grundl.de)

## Pressemitteilung vom 20. Mai 2021

### Die Stimme der Jugendlichen muss zählen - auch an der Wahlurne

*Am Freitag, 21.05.2021 stimmt der Bundestag über die Gesetzentwürfe der Grünen Bundestagsfraktion zur Absenkung des Wahlalters für Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre ab. Dazu erklärt Erhard Grundl, Mitglied der Grünen Bundestagsfraktion und Abgeordneter aus Niederbayern:*

Die Corona-Krise hat es einmal mehr deutlich gemacht: Jugendliche stehen nicht im Fokus der Bundespolitik. Die Perspektive von Jugendlichen und jungen Erwachsenen blieb in der Pandemie weitgehend ungehört. Jugendliche selbst hatten kaum Gelegenheit, im politischen Diskurs ihre Bedarfe und Standpunkte darzustellen und Lösungsansätze aktiv mitzugestalten. Und das haben die Jungen sehr wohl registriert und kommuniziert, die Studienlage ist hier eindeutig. „Wir Grünen wollen jungen Menschen eine starke Stimme geben, auch an der Wahlurne. Wählen mit 16, dafür gibt es eine Menge gute Gründe. In einer immer älter werdenden Gesellschaft sollen junge Menschen ihre Zukunft mitgestalten, das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.“, bekräftigt Grundl seinen Standpunkt.

Auch junge Menschen haben ein Recht darauf, dass ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Jugendbeteiligung soll deshalb grundsätzlich möglich sein: in allen Bereichen des Lebens von Jugendlichen und damit natürlich auch bei großen Zukunftsentscheidungen wie Wahlen. Wer früh spürt, dass Dinge durch eigenes Engagement verändert werden können, erlebt eigene Wirkmächtigkeit und lernt Demokratie.

Gleichzeitig wollen die Grünen mit ihrem Gesetzesentwurf politische Bildung sowohl als Unterrichtsfach als auch als Querschnittsaufgabe ausbauen und fördern. Auf diese Weise können bereits Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgern und Bürgerinnen



Erhard Grundl

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 2 -

werden, selbst wenn sie aus einem Umfeld kommen, in dem auf politische Bildung nur wenig Wert gelegt wird.

Der grüne Abgeordnete weiter: „In zehn Bundesländern – nicht in Bayern - gibt es bereits die Möglichkeit, mit 16 Jahren bei Kommunalwahlen abzustimmen. In vier Bundesländern – ebenfalls ohne Bayern - dürfen junge Menschen ab 16 Jahren an Landtagswahlen teilnehmen. Die Erfahrungen hier sind durchweg positiv. Das ist ein starkes Signal auch für die Bundesebene.“

Leider hat die Bundesregierung die Chance vertan, Jugendlichen bereits bei der Bundestagswahl im September die Möglichkeit zu wählen zu geben. Doch beim nächsten Mal soll endlich auch die Stimme der Jugendlichen zählen.